

Änderung beim Finanzausgleich

INNERRHODEN. Der Finanzausgleich zwischen dem Bund und den Kantonen beruht auf verschiedenen Einzelberechnungen, die jeweils im Vierjahresrhythmus überprüft werden. Ein wesentlicher Bereich bildet die Steuerkraft, die mittels Faktoren gefasst wird. Wie aus einer Mittellung der Ratskanzlei zu entnehmen ist, unterbreite der Bund im Hinblick auf die Anfang 2012 beginnende neue Vierjahresperiode einen Vorschlag zur materiellen Anpassung verschiedener Faktoren. Dabei sollen unter anderem die provisorisch veranlagten Gewinne von gemischten Gesellschaften statt wie bisher voll nur noch zu 30 Prozent angerechnet werden. Die Ständekommission befürwortet die vorgeschlagenen Änderungen mit Ausnahme des neuen Gewichtungsfaktors. In Fortführung der bisherigen Regelung sollen die provisorisch veranlagten Gewinne der fraglichen Unternehmen vielmehr auch künftig zu 100 Prozent angerechnet werden. Damit werde insbesondere verhindert, dass Kantone, die sich bemühen, alle gemischten Gesellschaften rechtzeitig definitiv zu veranlagern, künftig schlechter gestellt werden. Diejenigen Kantone, die sich für diese Aufgabe mehr Zeit lassen, sollen dafür nicht noch belohnt werden, befindet die Ständekommission abschliessend. (rk)

Gesetzesänderung bei Fortpflanzung

INNERRHODEN. Mittels einer Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes möchte der Bund die Präimplantationsdiagnostik (PID) neu regeln. Die Ständekommission hat bereits im Mai 2009 zu einem entsprechenden Vorentwurf Stellung genommen. Sie hält ausdrücklich an der damals geäußerten Haltung fest und weist nochmals auf das generelle Gefahren- und Missbrauchspotenzial der Präimplantationsdiagnostik hin, dies teilt die Ratskanzlei mit. Die Ständekommission begrüsst es, dass der Bundesrat an der strengen Regelung der zulässigen Indikation für eine PID festhalten will. Für die Geschlechterselektion ohne Krankheitsbezug soll die PID weiterhin untersagt bleiben. Bestehe hingegen die Gefahr, dass ein Kind Träger einer bestimmten, beim Elternpaar nachgewiesenen, vererblichen Krankheit sei und können die damit verbundenen schweren Krankheitsfolgen nicht anders abgewendet werden, soll PID nach Meinung der Ständekommission erlaubt sein. (rk)

Appenzellerzeitung

Tagblatt für die Kantone Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden
182. Jahrgang

Verlag: Appenzeller Medienhaus AG

Verleger: Marcel Steiner

Chefredaktorin: Monika Egli (eg)

Redaktion: David Scarno (dsc), svb, Chefredaktor, Guido Berlinger-Bolt (gbe), Martina Brassel (bra), Bruno Eisenhut (bei), Roger Fuchs (rf), Patrik Kobler (pk), Johannes Wey (jw), Stagiaire: Markus Fissler (mf),
Fotografen: Martina Basista (mab).

Redaktionsadresse:

Appenzeller Zeitung, Kasernenstrasse 64,
Postfach 61, 9101 Herisau
Telefon 071 354 64 74, Fax 071 354 64 75
E-Mail: redaktion@appon.ch

Für unverlangt eingesandene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Abonnentendienst:

Telefon 071 354 64 44, abo@appon.ch

Einzelverkaufspreis Fr. 3.-

Abo jährlich Fr. 359.-

halbjährlich Fr. 189.-

vierteljährlich Fr. 99.-

(Presse inkl. MWST.)

Inserate:

Publicitas AG, Poststrasse 7, 9102 Herisau
Telefon 071 353 34 34, Fax 071 353 34 35
herisau@publicitas.ch, www.publicitas.ch

Verkaufte Auflage: 13 555 Exemplare
(Provisorische Beglaubigung WEMF 2011)



Bundesrat Johann Schneider-Ammann (Mitte) über die Wichtigkeit des Massnahmenpakets. AG-Cilander-CEO Vincenzo Montinaro (links) und Nationalratskandidat Andrea Caroni hören gespannt zu.

Hinter Nationalbank stehen

Hoher Besuch aus Bern: Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann hat sich gestern in der AG Cilander in Herisau mit Nationalratskandidat Andrea Caroni über die Wirtschaft unterhalten.

MARKUS FÄSSLER

HERISAU. Mit ein wenig Verspätung traf Bundesrat Johann Schneider-Ammann gestern abend in der AG Cilander in Herisau ein. In Klotten begrüsst er zuvor die Medaillengewinnerinnen und Medaillengewinner der Berufsweltmeisterschaften in London.

Wichtiges Massnahmenpaket

Von der Bildung wechselte das Thema zur Wirtschaft. Das Motto des Abends lautete «Politik trifft Wirtschaft». Hauptinhalt des Gesprächs zwischen dem Volkswirtschaftsminister und dem Ausser-

rhoder Nationalratskandidaten Andrea Caroni (FDP) waren das Massnahmenpaket des Bundes, der Euro und das Vorgehen der Schweizer Nationalbank, die im September einen Mindestkurs für den Euro festgelegt hat. Schneider-Ammann stellte dabei klar, dass gerade das Massnahmenpaket ein wichtiger Schritt gewesen sei. Mit den in die Arbeitslosenkasse geflossenen Geldern könnten die Firmen dank eingeführter Kurzarbeit Zeit gewinnen. «Dazu kommt, dass durch dieses Paket der Entscheid der Schweizer Nationalbank teilweise gestützt wurde. Ohne vorher etwas pro-

biert zu haben, hätte es auf einmal heissen können, die Schweiz wolle einen Währungskrieg führen», fügte er an.

Siebenstellige Währungsverluste

Begrüsst wurden die Schritte der Nationalbank auch von Vincenzo Montinaro, CEO AG Cilander. «Wir haben im letzten Jahr Währungsverluste im siebenstelligen Bereich hinnehmen müssen», sagte er. Einig waren sich der FDP-Bundesrat und Montinaro darüber, dass die Politik und die Wirtschaft vollumfänglich hinter dem Handeln der Schweizer Nationalbank stehen müssen.

Starke Industrie

Appenzell Ausserrhoden hat eine sehr starke Industrie mit ein paar Flaggschiffen. Die Textilindustrie ist ein wichtiger Arbeitgeber. Die Ausserrhoder Wirtschaft ist gut unterwegs und initiativ. Man ist gewillt, trotz allen Herausforderungen anzutreten und einen Ausweg zu finden. (mf)

Johann N. Schneider-Ammann,
Bundesrat

Revision Krankenversicherung

INNERRHODEN. Eine in jüngerer Zeit durchgeführte Kalkulation des Bundes führte zur Auffassung, dass offenbar in einigen Kantonen systematisch zu wenig oder zu viel Krankenkassenprämien bezahlt worden sind. Er schlägt deshalb vor, die ermittelte Differenz in den einzelnen Kantonen über die Prämiengestaltung einem Ausgleich zuzuführen. Wie die Ratskanzlei in einer Mittellung schreibt, müssten in Kantonen, in denen nach dieser Kalkulation zu wenig Prämien bezahlt worden seien, die Versicherten separate Prämienaufschläge leisten. Hierzu soll das Krankenversicherungsgesetz geändert werden. Appenzell Innerrhoden spricht sich gegen das vorgesehene Vorgehen aus. Bereits die Datenbasis, die der Berechnung zugrunde gelegt wurde, sei fraglich, befindet die Ständekommission. Insbesondere ist es dem Kanton nicht möglich, die Richtigkeit der Basis zu bestätigen. Die eigenen Daten lassen den Schluss einer systematisch zu geringen Prämienzahlung nicht zu. Im übrigen wäre eine Verletzung der Aufsichtspflicht des Bundes anzunehmen, wenn in den Kantonen tatsächlich systematisch zu wenig oder zu viel Prämien bezahlt worden wären. Die obligatorische Krankenversicherung wird gemäss dem Krankenversicherungsgesetz nach dem Ausgabeumlageverfahren finanziert. Die Prämien können nach den ausgewiesenen Kostenunterschieden kantonal abgestuft werden. (rk)

Bernadette Rapaz zeigt ihre Bilder in der Kantonbank

Die gebürtige Gontnerin Bernadette Rapaz-Neff stellt noch bis Ende Oktober ihre Bilder in der Filiale der Kantonbank in Herisau aus.

HERISAU. Farben prägen das Schaffen von Bernadette Rapaz-Neff. Die 49-Jährige ist in Gonten aufgewachsen und lebt mit ihrer Familie in Lugnorre. Wo am Anfang nur Farben stehen, entwickelt sie spontane Bilder aus Gedanken, Erinnerungen, Eindrücken. So spontan sie an die Leinwand herantritt, so entwickelt sich das neue Werk erst im Verlaufe des Prozesses. Ein Titel entsteht, wenn überhaupt, erst während der Arbeit. Dabei benutzt sie neben Acryl- und Ölmalerei oft auch Pigmente und Malkreide. Die angewendete Mischtechnik ist klassisch, vielschichtig. Bernadette Rapaz arbeitet in verblüffender Virtuosität private Dinge in ihre Werke ein, zum Beispiel ausgerissene Zeitungsartikel, die sie über Jahre hinweg gehortet hat. Aber es darf auch mal eine rostige Kette sein, ein Stück Holz, etwas Sand. (pd)

Die Ausstellung in den Räumen der St. Galler Kantonbank, Kasernenstrasse 5, in Herisau dauert bis Ende Oktober. Die Bilder können während der Öffnungszeiten besichtigt werden.



Bernadette Rapaz-Neff vor einem ihrer Bilder.



Bis ihnen das Lachen vergeht...

Unterwegs in Ausserrhoden. Unterwegs im St. Gallischen. Unterwegs im Thurgau. Unterwegs im Zürichbiet. Und überall dasselbe: Auf überbordend vielen Plakaten blicken wir in die Gesichter von Damen und Herren, die alle am Abend des kommenden 23. Oktobers gerne von sich sagen würden, sie seien Mitglied des National- oder des Ständerats. Die Plakatierten treten in einer Weise in Erscheinung, dass man annehmen muss, es sei eine wahre Lust, sich der Politik zu verschreiben. Wie sonst setzen die potenziellen eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier – oder doch die meisten von ihnen – ihr strahlendstes Lachen auf. Dieser gehäuft in Erscheinung tretende Optimismus wirkt nachgerade ätzend.

Ich habe mir überlegt, wie spannend es doch wäre, am Abend des Wahlsonntags wieder in die gleichen Gesichter blicken zu können. Bei wem hat sich das Lachen verflüchtigt? Wo ist die jetzt nahezu penetrant zur Schau getragene Zuversicht der Enttäuschung gewichen? Es kann wohl kaum ausbleiben, dass es bei der grossen Mehrheit der Kandidierenden so sein dürfte. Bei all jenen also, die mit dem Faktum fertig werden müssen, auf der Verliererseite zu stehen, denn nur 244 Glücklichen steht das Tor zur grossen beziehungsweise zur kleinen Kammer im Bundeshaus offen. Aber vielleicht vergeht auch diesen bald einmal das Lachen. Dann nämlich, wenn die Würde langsam in Bürde übergeht. Wenn sie die Bundeskanzlei mit Unterlagen überschwenmt. Wenn ihnen die Terminflut die Freizeit aus den Agenden spült und es ihnen allmählich dämmert, was sie sich da aufgehäuft haben. Es müsste eigentlich auch Nach-der-Wahl-Plakate geben.

Martin Hüslar

Vermessung von Schlatt-Haslen

INNERRHODEN. Mit einem Vermessungsvertrag für Schlatt-Haslen soll ein nächster Teil des Vermessungswerks im Kanton Appenzell Innerrhoden erneuert werden. Wie die Ratskanzlei schreibt, stehe der Vertrag auf der Grundlage des mit dem Bund vereinbarten Leistungsauftrags zur Erneuerung der Vermessung. Er deckt zeitlich die Jahre 2011 und 2012 ab. Die entsprechenden Kosten sind im Finanzplan berücksichtigt. Die Ständekommission hat den entsprechenden Werkvertrag genehmigt und unterzeichnet. (rk)